

AUSGABE 9/2025

DR. FRANK SCHMÄDEKE



AKTUELLES
aus dem

LANDTAG

und der

LANDESPOLITIK

Klare Regeln für Paludikulturen und Torfmoos-Anbau

Landesregierung verliert wertvolle Zeit – Niedersachsen braucht endlich eine aktive Automobilpolitik

Förderprogramme bleiben kompliziert – Rot-Grün verpasst den großen Wurf

Hebammenversorgung unter Druck

Intelligente Stromnetze für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung

Und außerdem: Industrie unter Druck- Besuch aus dem Wahlkreis

**Dr. Frank Schmädke MdL****LANDTAG**
NIEDERSACHSEN

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

kontakt@frank-schmaedeke.de

0170 22 08 756

www.frank-schmaedeke.de



Liebe Leserinnen und Leser,

Normalerweise bin ich es, der im Landtag zum Wolf spricht – in diesem November allerdings nicht. Dennoch ist der Wolf eines der Themen, die mich politisch seit Jahren besonders beschäftigen. Und ich sage klar: So wie es jetzt läuft, kann es nicht weitergehen.

Unsere Weidetierhalter leben vielerorts mit der täglichen Unsicherheit, ob ihre Tiere die Nacht überstehen. Familien fragen mich, ob ihre Kinder noch unbeschwert draußen spielen können. Gleichzeitig erleben wir, wie sich politische Verantwortlichkeiten zwischen Berlin, Brüssel und Hannover hin- und herschieben. Dieses Schwarzer-Peter-Spiel muss endlich ein Ende haben.

Die Bundesregierung hat nun einen Vorschlag vorgelegt, der bundesweit eine klare Grundlage für ein funktionierendes Wolfsmanagement schaffen könnte: Vereinfachte Entnahmen, regionale Bestandsmanagementpläne, echte Handlungsmöglichkeiten der Länder.

Genau das brauchen wir in Niedersachsen. Wir wissen: In unserer Region ist der günstige Erhaltungszustand längst erreicht. Es gibt keinen Grund mehr, Maßnahmen weiter zu verzögern. Ich werde weiter mit Nachdruck dafür arbeiten, dass Niedersachsen endlich ein Wolfsmanagement bekommt, das Weidetierhalter schützt, die Akzeptanz stärkt und Realitäten anerkennt.

Ein anderes Thema hat meine Rede dieses Mal geprägt:

das Moor – und wie wir es klug, praxistauglich und gemeinsam mit den Menschen weiterentwickeln können. Denn Moorpolitik ist Klimaschutz, Naturschutz

und regionale Wertschöpfung zugleich. Niedersachsen trägt mit 400.000 Hektar Moorflächen eine besondere Verantwortung.

Doch viele Betriebe bleiben im Genehmigungs- und Kostenlabyrinth stecken. Mit unserem Gesetzentwurf schaffen wir als CDU endlich klare und verlässliche Regeln für Paludikulturen, ermöglichen Torfmoos-Anbau ohne unnötige Hürden und sorgen dafür, dass Wiedervernässung und torferhaltende Bewirtschaftung schneller und rechtssicher möglich werden – immer mit den Eigentümerinnen und Eigentümern, nicht gegen sie.

Außerdem war Agritechnica

Ein besonderes Signal für die Stärke unserer Agrar- und Ernährungswirtschaft gab es unmittelbar vor dem Plenum: die Agritechnica in Hannover.

Eine beeindruckende Messe, die erneut gezeigt hat, welches technologische Know-how, welche Innovationskraft und welche wirtschaftliche Bedeutung die Landwirtschaft in Niedersachsen hat. Wir sind und bleiben Agrarland Nr. 1 – und darauf können wir stolz sein.

Im Plenum selbst ging es darüber hinaus um viele weitere Themen:

- realistischen statt utopischen Klimaschutz,
- den dringend nötigen Bürokratieabbau für unsere Kommunen
- verlässlichen Bevölkerungsschutz mit einem landesweiten Helferregister
- die dramatische Lage der Hebammenversorgung
- und die Zukunft unserer Stromnetze – von Smart Metern bis zu dynamischen Tarifen.

Viele Themen – alle mit direkter Bedeutung für unsere Regionen und für Niedersachsen insgesamt.

Viel Vergnügen beim Lesen!

Ihr

Dr. Frank Schmädeke



In meiner Rede im Landtag habe ich deutlich gemacht:

Niedersachsen trägt mit 400.000 Hektar Moorflächen eine große Verantwortung – aber wir brauchen endlich praktikable Gesetze, damit Moor- und Klimaschutz auch wirklich funktionieren.

Viele Betriebe wollen sich auf den Weg machen, torferhaltend zu wirtschaften, Paludikulturen anzubauen oder Torfmoosflächen zu entwickeln. Doch sie scheitern an Bürokratie, langen Verfahren und fehlender Rechtssicherheit.

Wir wollen schnelle, verlässliche und unbürokratische Verfahren.

4. Entlastungen im Waldrecht:

Moorwälder, die heute noch mit Birken oder Fichten bestanden sind, sollen unkompliziert in Paludikulturen oder Renaturierungsflächen überführt werden können – ohne Ersatzaufforstung oder Ausgleichspflichten.

Mir ist dabei besonders wichtig:

Moorpolitik geht nur mit den Eigentümerinnen und Eigentümern – nicht gegen sie. Deshalb bieten wir der Landesregierung ausdrücklich Zusammenarbeit an. Niedersachsen darf hier nicht länger Zeit verlieren.

Ich teile die Einschätzung unserer umweltpolitischen Sprecherin Verena Kämmerling: Wir brauchen wirksamen und realistischen Klimaschutz, keinen Symbolismus, der niemandem hilft.

Die Landesregierung verpasst erneut die Chance, das Klimagesetz praxistauglich zu gestalten. Positiv ist, dass Vorgaben des Bundes zur Wärmeplanung umgesetzt werden und Kommunen finanzielle Entlastungen erhalten. Aber: Das Klimaziel 2040 ist unrealistisch und widerspricht selbst Einschätzungen kommunaler Spitzenverbände.

Die Landesregierung baut neue Bürokratie auf

Klare Regeln für Paludikulturen und Torfmoos-Anbau – Moorpolitik endlich praxistauglich machen

Genau hier setzt unser CDU-Gesetzentwurf an. Wir schaffen:

1. Klare Rechtsgrundlagen für Paludikulturen:

Nutzungsänderungen auf organischen Böden sollen künftig ohne unnötige Genehmigungshemmnisse möglich sein.

2. Förderung des Torfmoos-Anbaus:

Torfmoos kann Torf in Anzuchterden ersetzen – homogen, keimfrei und klimafreundlich. Das ist ein zentraler Schlüssel für Klima- UND Wirtschaftsschutz

3. Beschleunigung von Wiedervernässungen:

Lange Wartezeiten und unklare Anforderungen bremsen derzeit viele Projekte aus.

– mit zusätzlichen Berichtspflichten, Klimaschutzbeauftragten in allen Landesbehörden und einem Klimarat für 400.000 Euro jährlich.

Beim Torfabbau setzt Rot-Grün auf Verbote, obwohl es derzeit zu wenige Ersatzstoffe gibt. Importtorf hätte eine schlechtere Klimabilanz und schadet dem Gartenbau.

Verena Kämmerling bringt es auf den Punkt: „Wir wollen Klimaschutz, der wirkt – nicht Klimaziele, die scheitern müssen.“

Diesen Weg unterstütze ich ausdrücklich.

Die Landesregierung hat Maßnahmen zur Vereinfachung der niedersächsischen Förderprogramme vorgestellt. Auf den ersten Blick wirken einige Ansätze sinnvoll, doch der haushaltspolitische Sprecher unserer Fraktion, Ulf Thiele, hat deutlich gemacht, dass der große Wurf erneut ausbleibt.

Er kritisierte, dass Rot-Grün trotz tausender teils unübersichtlicher Förderrichtlinien nicht den Mut aufbringe, einen echten Neustart zu wagen.

Das bestehende Förderwirrwarr überfordere Kommunen, Vereine, Unternehmen und selbst die Landesverwaltung regelmäßig. Statt mutiger Reformen gebe es lediglich kleine Nachjustierungen, die das Grundproblem nicht lösen.

Die Vorstellung der Landesregierung bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Statt eines klaren Schnitts gibt es nur kleine Anpassungen – „mutloses Kleinklein“, wie Ulf Thiele es genannt hat.

Was fehlen würde, ist ein umfassender Schritt in zwei Richtungen:

1. Radikale Vereinfachung – eindeutige, einheitliche Regeln:

Wir brauchen weniger Richtlinien, mehr Standardisierung und klar erkennbare Verfahren. Förderprogramme müssen verständlich, planbar und schnell abrufbar sein.

2. Entlastung derer, die Fördermittel einsetzen sollen:

Förderprogramme bleiben kompliziert – Rot-Grün verpasst den großen Wurf

Auch ich erlebe in vielen Gesprächen, dass Verfahren zu kompliziert, zu langsam und zu unterschiedlich gehandhabt werden. Fördermittel sollen helfen – dürfen aber nicht zu bürokratischen Hürden werden.

Ein klarer Schnitt, weniger Richtlinien, einfachere Verfahren und weniger Bürokratie wären die richtige Antwort. Niedersachsen braucht eine Förderpraxis, die unterstützt statt ausbremst. Rot-Grün hat diese Chance leider wieder vertan – wir sprechen über dieselben Schwierigkeiten:

Förderaufrufe sind unübersichtlich und häufig kurzfristig. Die Anforderungen unterscheiden sich je nach Ressort erheblich. Die Nachweis- und Dokumentationspflichten sind komplex und zeitintensiv.

Die Landesverwaltung selbst braucht oft viele Monate, um Anträge zu bearbeiten. Kurz gesagt: Das System ist zu kompliziert, zu langsam und zu fehleranfällig. Was Rot-Grün jetzt vorlegt, reicht nicht

Kommunen, Organisationen und Unternehmen müssen Zeit und Kapazitäten für ihre Aufgaben haben – nicht für Formulare, Prüfkataloge und Nachweismappen.

Unser Ziel bleibt klar:

Förderung muss einfach, transparent und fair sein. Ich unterstütze deshalb die Forderung meines Kollegen: Niedersachsen braucht endlich einen konsequenten Bürokratieabbau im Förderwesen.

Wenn wir wollen, dass Fördermittel dort ankommen, wo sie gebraucht werden – in Bildung, Infrastruktur, Ehrenamt, Kultur, Energieeffizienz oder Innovation –, dann müssen wir die Verfahren so gestalten, dass sie die Menschen unterstützen und nicht belasten.

Die Landesregierung hat heute eine Chance liegen lassen. Wir werden weiter daran arbeiten, dass Niedersachsen sich hier endlich modernisiert – zugunsten der Kommunen, der Wirtschaft und aller, die Verantwortung tragen.

In der Dringlichen Anfrage zum neuen Hebammenhilfvertrag haben wir als CDU-Fraktion die Landesregierung mit den Sorgen vieler Beleghebammen konfrontiert.

Unsere sozialpolitische Sprecherin Laura Hopmann machte im Landtag deutlich, dass zahlreiche freiberuflich tätige Hebammen seit Monaten vor den Folgen des neuen Vertrags warnen:

Einkommenseinbußen von rund 30 Prozent, zusätzlicher Bürokratieaufwand, wachsende Unsicherheit – und damit die reale Gefahr weiterer Kündigungen und möglicher Kreißaalschließungen.

In unserer Anfrage zum neuen Hebammenhilfvertrag wollten wir von der Regierung wissen, wie sich die neuen Regelungen auf die geburtshilfliche Versorgung in Niedersachsen auswirken. Die Rückmeldungen vieler Beleghebammen in den vergangenen Monaten waren eindeutig: sinkende Einkommen, steigender bürokratischer Aufwand und die Sorge, dass sich Beruf und Familie künftig kaum noch vereinbaren lassen. Besonders die freiberuflich tätigen Hebammen haben immer wieder vor den spürbaren Folgen für die Kreißsäle im Land gewarnt.

Umso enttäuschender war der Auftritt von Gesundheitsminister Andreas Philippi im Plenum. Er wiegelte ab, sprach von einer stabilen Versorgung und sah keinen akuten Handlungsbedarf. Aus seiner Sicht gebe es ausreichend Nachwuchs und genügend erreichbare Kreißsäle.

Tatsächlich zeigt sich ein anderes Bild: Mehrere Kliniken haben bereits erste Kündigungen von Beleghebammen erhalten oder mussten Mitarbeiterinnen in andere Beschäftigungsmodelle überführen. Einige Häuser berichten von spürbaren Veränderungen im Dienstbetrieb und zusätzlichen Belastungen durch neue Dokumentationspflichten. In einzelnen



Regionen springen Kliniken inzwischen finanziell ein, um Ausfälle zu kompensieren – ein Zustand, der auf Dauer weder fair noch tragfähig ist.

„Der Minister nimmt die Hilferufe der Hebammen nicht ernst. Er redet die Probleme klein, während die Situation in den Kliniken längst angespannt ist.“ Hopmann forderte den Minister auf, zumindest vorübergehend Unterstützung zu prüfen, bis Nachverhandlungen zum Vertrag abgeschlossen sind. Doch selbst diese Möglichkeit lehnt er ab.

Für viele freiberufliche Hebammen ist ein Wechsel in ein Angestelltenverhältnis keine Lösung. Sie haben sich für ein Modell entschieden, das ihnen ermöglicht, Frauen individuell und verlässlich zu begleiten.

Eine verlässliche, wohnortnahe Geburtshilfe gehört zur Grundversorgung in Niedersachsen. Und dafür brauchen wir Hebammen, die ihren Beruf auch künftig ausüben können.

Politik muss die Sorgen der Hebammen ernst nehmen und ihre Möglichkeiten nutzen, um die geburtshilfliche Versorgung zu stabilisieren – und nicht erst dann reagieren, wenn Kreißsäle schließen.

Die Landesregierung darf sich nicht hinter Zuständigkeitsfragen verstecken. Es braucht es politische Aufmerksamkeit und konkrete Unterstützung – nicht Abwiegeln.



Ein intelligentes Stromnetz ist zentral für sichere, saubere und bezahlbare Energie in Niedersachsen

Foto: Carvix

In der aktuellen Landtagsdebatte zur Energieinfrastruktur hat mein Kollege Jonas Pohlmann deutlich gemacht, wie entscheidend moderne und flexible Netze für die Zukunft der Energieversorgung in Niedersachsen sind.

Die Energiewende bringt enorme Veränderungen mit sich: mehr erneuerbare Energien, mehr Elektromobilität, mehr Wärmepumpen und neue Verbrauchsgewohnheiten. Damit dieses System stabil bleibt, brauchen wir intelligente Stromnetze sogenannte Smart Grids.

Pohlmann machte klar, dass solche Netze weit mehr sind als technische Spielerei. Sie sollen Netze entlasten, Strompreise stabilisieren und sowohl Verbraucherinnen und Verbraucher als auch Netzbetreiber wirtschaftlich mitnehmen.

Grundlage dafür ist der flächendeckende Einsatz von Smart Metern, also digitalen Strommesssystemen, die es ermöglichen, Strom flexibler, effizienter und intelligenter zu verteilen.

Dazu gehören Anwendungen, die für viele Menschen in Zukunft wichtig sein werden:

- dynamische Stromtarife, die günstigen Strom dann freigeben, wenn viel Wind- oder Solarenergie vorhanden ist
- bidirektionales Laden, bei dem E-Autos nicht nur Strom aufnehmen, sondern auch wieder ins Netz zurückspeisen können

- Energy Sharing, also das gemeinschaftliche Nutzen lokal erzeugter Energie Ohne digitale Messtechnik sind all diese Modelle nicht möglich. Deshalb betont Pohlmann, wie wichtig es ist, dass Smart Meter schnell und flächendeckend einsetzbar werden – in Haushalten, Gewerbe und Unternehmen.

Besonders wichtig ist ihm dabei der Blick auf die Wirtschaftlichkeit. Digitalisierung und neue Technik dürfen nicht zu steigenden Belastungen führen. „Der Smart Meter muss sich für Verbraucher rechnen – und auch die Messstellenbetreiber, gerade im ländlichen Raum, brauchen eine tragfähige Perspektive“, erklärt Pohlmann. Anpassungen bei Preisobergrenzen sowie stärkere Kooperationen zwischen Energieunternehmen könnten dabei helfen, den Ausbau zu beschleunigen und wirtschaftlich tragfähig zu machen.

In der Debatte gab es durchaus unterschiedliche Schwerpunkte zwischen Regierung und Opposition. Dennoch hat die CDU-Fraktion beiden vorliegenden Anträgen zugestimmt.

Es geht uns um die Sache.

Am Ende zählt, dass wir in Niedersachsen Netze bekommen, die flexibel, stabil und bezahlbar sind – und dass innovative Angebote wie flexible Stromtarife für alle Menschen zugänglich werden.

Was sind „intelligente Stromnetze“?

Intelligente Stromnetze – auch Smart Grids genannt – sind modernisierte Stromnetze, die digitale Technik nutzen, um Angebot und Verbrauch besser aufeinander abzustimmen.

Sie können in Echtzeit erkennen, wie viel Strom erzeugt wird, wo gerade viel Energie gebraucht wird und wie Engpässe im Netz vermieden werden können. Dadurch werden Stromnetze stabiler, effizienter und kostengünstiger. Smart Grids ermöglichen außerdem neue Anwendungen wie dynamische Stromtarife, bidirektionales Laden von E-Autos oder Energy Sharing in Nachbarschaften. Grundlage dafür sind digitale Stromzähler – die sogenannten Smart Meter.

Industrie unter Druck – Niedersachsen braucht jetzt eine klare Wachstumsagenda

Beim parlamentarischen Mittagsgespräch der CDU-Landtagsfraktion hat Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall, die wirtschaftliche Lage der Metall- und Elektroindustrie vorgestellt. Die Botschaft war eindeutig: Unsere Industrie steht unter massivem Druck – und das hat direkte Folgen für Niedersachsen.

Für mich ist klar: Wir brauchen jetzt politische Entscheidungen, die Investitionen erleichtern, Planungssicherheit schaffen und unsere Betriebe entlasten. Niedersachsen lebt von einer starken Industrie, und diese Stärke ist gefährdet.

Die Zahlen zeichnen ein alarmierendes Bild: Deutschlands Wirtschaftsleistung liegt deutlich hinter ihrem langfristigen Wachstumspfad zurück, private Investitionen sind eingebrochen, während die Staatsquote erstmals die 50-Prozent-Marke überschritten hat. Die Metall- und Elektroindustrie – das industrielle Rückgrat unseres Landes – kämpft mit sinkenden Aufträgen, fallender Produktion und einem Verlust von über 108.000 Arbeitsplätzen im Jahresvergleich.

Und außerdem hatte ich lieben Besuch aus der Heimat

Mitten im Trubel hatte ich lieben Besuch aus dem Heimatwahlkreis.

Zum Glück konnte ich mir trotzdem Zeit nehmen für eine herzliche Begrüßung, gemeinsame Fotos und die Diskussionsrunde.

„Zwischendurch“ genoss mein Besuch die Führung des Besucherdienstes und den Landtag „live“ auf der Tribüne. Schön, dass Ihr da wart.



Eine aktuelle Umfrage zeigt, was die Unternehmen besonders belastet: zu viel Bürokratie, zu hohe Energiekosten, langsame Digitalisierung, hohe Steuern und zunehmender Arbeitskräftemangel. Dazu kommt massiver internationaler Druck, vor allem durch die chinesische Autoindustrie mit staatlich erzeugten Überkapazitäten und aggressivem Preiswettbewerb.

Für uns als CDU ist klar:

Niedersachsen braucht eine Politik, die Wachstum ermöglicht – mit weniger Bürokratie, bezahlbarer Energie und einer echten Entlastung für Unternehmen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie industrielle Wertschöpfung verloren geht.



Dr. Frank Schmädeke MdL

Mitglied des
Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover



kontakt@frank-schmaedeke.de

0170 22 08 756

www.frank-schmaedeke.de

V.i.S.d.P.
Dr. Frank Schmädeke MdL
Eichweg 9
31022 Heerssen

Büroanweisung:
Büro Schmädeke
Cemra